V-41

# #StandwithHK – Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Hongkong unterstützen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

| | |
|---|---|
| Antragsteller*in: | Margarete Bause (KV München) |
| Tagesordnungspunkt: | V Verschiedenes |

# Antragstext

China erlebt in Hongkong momentan die größten Massendemonstrationen seit der gewaltsamen Niederschlagung der Demokratiebewegung am Tian'anmen Platz im Jahre 1989. Die im Juni gestarteten Proteste mobilisieren Millionen. Zeitweise beteiligte sich mehr als ein Viertel der Bevölkerung daran. Auslöser war der Widerstand gegen das umstrittene Auslieferungsgesetz. Kritiker*innen sehen in der Gesetzesvorlage einen massiven Angriff auf die gesetzlich verbriefte Autonomie Hongkongs, auf Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte und als Zeichen der wachsenden Einflussnahme Pekings in der Sonderverwaltungszone. Trotz der Erklärung der Hongkonger Regierungschefin Carrie Lam im Juni, die Gesetzesentwürfe auf Eis zu legen und der im September folgenden Ankündigung diese formell zurückzuziehen, halten die Proteste an. Neben der formellen Rücknahme der beiden Gesetzesänderungsentwürfe stehen mittlerweile umfassende politische Reformen im Fokus der Demonstrationen. Diese beinhalten insbesondere die Einführung eines allgemeinen Wahlrechts sowie die unabhängige Aufarbeitung der Polizeigewalt.

Die Hongkonger Polizei nutzt die Gewalttaten einer kleinen Anzahl von Demonstrierenden als Vorwand, um mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen mehrheitlich friedlich Demonstrierende vorzugehen. Auch militante prochinesische Schlägertrupps konnten gegen Unbeteiligte vorgehen ohne von der Polizei daran gehindert zu werden. Mehrere tausend Menschen wurden im Rahmen der Proteste festgenommen, zahlreiche weitere wurden schwer verletzt und zum Teil dauerhaft geschädigt. Demonstrantinnen berichteten von sexueller Belästigung und systematischen sexuellen Übergriffen durch staatliche Sicherheitsakteure. Neun Menschen nahmen sich aus Verzweiflung über die Entwicklungen das Leben.

Trotz zunehmend massiver Repressionen und umfassender Versammlungsverbote durch die Hongkonger Behörden sowie militärischer Machtdemonstrationen vonseiten Pekings lässt sich die Demokratiebewegung in Hongkong nicht einschüchtern. Damit verteidigen sie die Grundwerte, die auch unsere Gesellschaft tragen: Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte.

Zeitgleich versucht die chinesische Staatsführung auch die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland einzuschränken. Anfragen der grünen Bundestagsfraktion belegen die Einschüchterungsversuche und das ungenierte Wirken von Spitzeln der chinesischen Volksrepublik in Deutschland, das sich insbesondere gegen Unterstützer*innen der Hongkonger Demokratiebewegung richtet.

Mit Blick auf die friedliche Revolution in Deutschland kommt uns hier eine besondere Verantwortung zu, die Demokratiebewegung in Hongkong zu unterstützen. Denn auch als die Bürger*innen der DDR vor dreißig Jahren gegen die SED-Diktatur auf die Straße gingen, schien

ihr Freiheitskampf chancenlos. Zu allmächtig war das autoritäre Regime, zu präsent die Bilder des Tian'anmen Massakers vom 04. Juni 1989. Dass sie ihre Stimme trotzdem für Freiheit und Demokratie erhoben, kann man ihnen nicht hoch genug anrechnen. Ihr Freiheitskampf veränderte nicht nur die Welt wie wir sie heute kennen - er zeigte auch, wie erfolgreich David gegen Goliath sein kann.

Daher solidarisiert sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den friedlich demonstrierenden Hongkonger*innen und fordert:

- die Bundesregierung dazu auf, sich mit den friedlichen Demonstranten und Demonstrantinnen in der Sonderverwaltungszone Hongkong in ihrem Einsatz für Demokratie, Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte solidarisch zu erklären und die friedliche Demokratiebewegung in Hongkong im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu unterstützen;
- die Bundesregierung dazu auf, die Behörden in Hongkong und der Volksrepublik China aufzufordern, den Schutz der Menschenrechte und die im Hongkonger Grundgesetz (Basic Law) für alle Bürgerinnen und Bürger verankerten Freiheiten zu gewährleisten;
- alle Landesregierungen, die Bundesregierung sowie die EU-Kommission dazu auf, in Gesprächen und Verhandlungen mit der chinesischen Staatsregierung stets auf die Achtung des völkerrechtlich verbindlichen Hongkonger Grundgesetzes (Basic Law) und insbesondere des Grundsatzes „Ein Land - Zwei Systeme“ hinzuweisen;
- die Bundesregierung dazu auf, an die Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong zu appellieren ihre nationalen wie internationalen menschenrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten, insbesondere die im Hongkonger Grundgesetz (Basic Law) garantierten Rede-
, Presse- und Publikationsfreiheit sowie Vereinigungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, als auch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte;
- die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong darauf hinzuwirken, dass sichergestellt ist, dass Rechtsvorschriften und -auslegungen auch künftig mit ihren internationalen Menschenrechtsverpflichtungen vollständig im Einklang stehen, darunter mit den Bestimmungen des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung
oder Strafe;
- die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong darauf hinzuwirken die angekündigte formelle Rücknahme des Gesetzes über flüchtige Straftäter und Rechtshilfe in Strafsachen aus dem Jahr 2019 umgehend umzusetzen;
- die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong dafür einzusetzen, dass das Recht aller Menschen sich friedlich zu versammeln geschützt und geachtet wird und Menschen nicht allein aufgrund ihrer Beteiligung an friedlichen Versammlungen strafrechtlichen Sanktionen unterworfen werden;
- die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong für eine unabhängige, unparteiische, effektive und zeitnahe Aufarbeitung der Polizeigewalt und dem zögerlichen Eingreifen der Polizei bei den gewalttätigen Übergriffen auf Protestierende in der U-Bahnstation Yuen Long West Rail am 21. Juli

einzusetzen sowie dafür die Ergebnisse der Aufarbeitung öffentlich zugänglich zu machen;

- die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong deutlich zu machen, dass das Vorgehen der Sicherheitskräfte verhältnismäßig und in Einklang mit den UN Grundprinzipien für die Anwendung von Gewalt und den Gebrauch von Schusswaffen durch Vollzugsbeamte („UN Basic Principles on the Use of Force and Firearms by Law Enforcement Officials“) sein muss;
- die Bundesregierung dazu auf, sich gegenüber der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong für eine systematische Reform einzusetzen, um eine direkte Wahl für das Amt des/der Regierungschef/in und zum Legislativrat einzuführen und ein Wahlsystem zu etablieren, das demokratisch, fair, offen und transparent ist und den Menschen der Sonderverwaltungszone Hongkong bei dem Verfahren zur Auswahl aller Führungspositionen ein aktives und ein passives Wahlrecht einräumt;
- die Bundesregierung dazu auf, in Gesprächen mit der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong für die Einsetzung einer unabhängigen Menschenrechtsinstitution zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte, im Einklang mit den Pariser Prinzipien, zu werben;
- die Bundesregierung dazu auf, sich für ein friedliches Konfliktmanagement zwischen der Demokratiebewegung und der Regierung der Sonderverwaltungszone Hongkong einzusetzen;
- die Bundesregierung dazu auf, Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China in allen politischen Dialogen mit chinesischen Behörden und Regierungsvertreter*innen anzusprechen und die Regierung der Volksrepublik China an ihre völkerrechtliche Verpflichtung zur Einhaltung der britisch-chinesischen gemeinsamen Erklärung zu erinnern;
- die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung der Volksrepublik China mit Nachdruck deutlich zu machen, dass die Achtung universeller Menschenrechte und völkerrechtlich verbindlicher Abkommen keine nationale Angelegenheit ist;
- die Bundesregierung dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, demokratische und rechtstaatliche Institutionen in der Sonderverwaltungszone Hongkong zu fördern, beispielsweise durch das Format eines regelmäßigen Richteraustauschs;
- die Bundesregierung dazu auf, geeignete Exportkontrollmechanismen und Ausfuhrkontrollen zu schaffen, um der Volksrepublik China und insbesondere der Sonderverwaltungszone Hongkong den Zugang zu Technologien zu verwehren, die bei der Verletzung grundlegender Rechte zum Einsatz kommen;
- die europäische Kommission und das Europaparlament dazu auf, bei den bevorstehenden EU-China Konsultationen die Achtung der Menschenrechte zur Grundlage der Handelsbeziehungen zu machen;
- die Bundesregierung dazu auf, auf nationaler Ebene geeignete Möglichkeiten zu schaffen, um Einzelpersonen, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, nach dem Vorbild des Magnitzky-Acts sanktionieren zu können;
- die Bundesregierung dazu auf, im Rat der europäischen Union auf die Umsetzung der Entschließung des Europaparlaments zu einer europäischen Regelung für Sanktionen bei Verstößen gegen die Menschenrechte hinzuwirken, damit Einzelpersonen, die an

Menschenrechtsverletzung beteiligt sind, nach dem Vorbild des Magnitzky-Acts sanktioniert werden können;

- die Bundesregierung dazu auf, Versuche der Einflussnahme staatlicher chinesischer Stellen auf Demonstrationsfreiheit, Unversehrtheit der Demonstrierenden und freie Meinungsäußerung in Deutschland deutlich zu verurteilen, zu sanktionieren und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um entsprechende Einflussnahmen zu unterbinden und
die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland zu schützen und zu garantieren;
- alle Landesregierungen und die Bundesregierung dazu auf, die ihnen unterstehenden Sicherheitsbehörden bezüglich des Agierens chinesischer Agent*innen in Deutschland zu sensibilisieren;
- alle Landesregierungen und die Bundesregierung dazu auf, die ihnen unterstehenden Sicherheitsbehörden anzuweisen, mit Nachdruck gegen durch ausländische Nachrichtendienste gesteuerte Versuche der Einschränkung von Versammlungs- und Meinungsfreiheit in Deutschland vorzugehen;
- die Bundesregierung dazu auf, gesetzgeberische Maßnahmen zu prüfen, um deutsche Unternehmen vor politischer Einflussnahme durch die Volksrepublik China zu schützen.

## weitere Antragsteller*innen

Hannah Marie Neumann (Berlin-Lichtenberg KV); Peter Heilrath (KV München); Michael Kellner (KV Berlin-Pankow); Jamila Schäfer (München KV); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Claudia Müller (Vorpommern-Rügen KV); Ssaman Mardi (KV Regensburg-Stadt); Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt); Reinhard Bütikofer (KV Berlin-Mitte); Danyal Bayaz (Kurpfalz-Hardt KV); Henrike Hahn (KV München); Heidi Schiller (KV München); Hermann Josef Brem (KV München); Dieter Janecek (KV München); Franziska Brantner (Heidelberg KV); Maria Wißmiller (KV München); Tim Demisch (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Kristian Warnholz (Pinneberg KV); sowie 12 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.